

Der 25. Juni 2019 könnte ein wichtiges Datum in der Geschichte des Autolandes Baden-Württemberg werden. An diesem Tag fällt eine von Bundesforschungsministerin Anja Karliczek, CDU, eingesetzte Kommission eine folgenreiche Entscheidung: über den Standort für eine „Forschungsfabrik Batteriezellen“. Es geht um 500 Millionen Euro aus Bundesmitteln. Die Beamten der Ministerin entschieden, die Forschungsfabrik nicht in Ulm anzusiedeln und damit nicht im Autoland Baden-Württemberg, sondern in Münster und Aachen, also in Nordrhein-Westfalen. Die Ministerin hat ihren Wahlkreis in der Nähe von Münster. Autos werden dort nicht gebaut. Die deutschen Produktionszentren liegen immer noch in Stuttgart, Ulm, München, Wolfsburg, Mannheim, Ingolstadt, Köln oder Neckarsulm.

Kritik an dieser Entscheidung gab es vielfach. Die Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen beschwerten sich in Berlin, und zwar mit einem gemeinsamen Brief und in Interviews. Nach und nach werden Details des Entscheidungsprozesses bekannt. Die Vergabepaxis und die Konstruktion der beratend tätigen „Gründungskommission“ sind in die Kritik geraten. Mails, Akten und Protokolle, die dieser Zeitung vorliegen, lassen weitere Zweifel am Vorgehen der Berliner Ministerien aufkommen.

Am 25. Juni 2019 trafen sich in der Berliner Invalidenstraße im Wirtschaftsministerium acht Industrievertreter, mehrere Repräsentanten der Fraunhofer-Gesellschaft und die beiden Kommissionsvorsitzenden: Raoul Klingner von der Fraunhofer-Gesellschaft, Winfried Horstmann, Unterabteilungsleiter aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Karliczek hatte die Entscheidungsfindung vorsorglich an das Wirtschaftsministerium delegiert, weil sie ihre Unabhängigkeit demonstrieren wollte. In der kurzen Sitzung Ende Juni wurden die Vor- und Nachteile der Standorte diskutiert, zu den Bewerbern zählten zu diesem Zeitpunkt noch Salzgitter, Ulm und Münster. Bayern, Großbröhrsdorf in Sachsen sowie Itzehoe in Schleswig-Holstein hatte man schon aussortiert.

Über die Sitzung gibt es kein offizielles Protokoll. Herbert Zeisel, der Beamte des Wissenschaftsministeriums, fertigt aber einen Vermerk an. Darin heißt es: „Bei der eigentlichen Diskussion zum führenden Standort gab es keinen Konsens.“ Zwar hätten sich einige Mitglieder intensiv für Ulm eingesetzt, im Laufe der Sitzung sei aber immer deutlicher geworden, dass auch nicht alle Mitglieder der „Gründungskommission als unabhängige Experten sprachen“. Insbesondere ein „stark für den Standort Ulm sprechendes Kommissionsmitglied“, also einer der Industrievertreter, habe sich hervorgetan, heißt es in dem Vermerk. Die Diskussion wird nach kurzer Zeit abgebrochen. Die Fraunhofer-Gesellschaft könne keine „eindeutige Reihenfolge“ festlegen. Der Vorsitzende der Kommission, Winfried Horstmann, habe deshalb den Vorsitzenden der Fraunhofer-Gesellschaft, Raoul Klingner, um eine „unabhängige Positionierung“ gebeten.

Klingner wollte diese Empfehlung aber nicht abgeben. Er sagte, es sei für ihn schwierig, sich für einen Standort auszusprechen, an dem kein Fraunhofer-



Foto dpa

Institut beteiligt sei. Das trifft ausgerechnet auf Münster zu. Damit war eigentlich eine Entscheidungsfindung auf der Grundlage der Vergabe nicht bestätigen, müsse Karliczek die politische Verantwortung übernehmen.

Rekonstruiert man auf der Grundlage von Unterlagen des Bundesforschungsministeriums den Beratungsprozess vor der Sitzung vom 25. Juni 2019, verstärken sich die Zweifel. Alle zu Beginn des Verfahrens angefertigten Analysen sprachen ziemlich eindeutig für eine Vergabe der Forschungseinrichtung nach Ulm. In der ersten „Nutzwertanalyse“ der Fraunhofer-Gesellschaft, übersendet aus Bundesministerium am 29. Mai 2019, wurde Ulm eine „Zielerfüllung“ von 86 Prozent und Salzgitter eine in Höhe von 84 Prozent zugesprochen. Münster sahen die Fachleute „im Mittelfeld“ und bewerteten die Universitätsstadt mit 78 Prozent. Das Ministerium rechtfertigt sich und sagt, dieses Papier sei nur eine „Hilfestellung“ für die Kommission und „kein Ranking“ gewesen.

Außerdem fertigte auch der Projektträger „Werkstoffinnovationen und Batterie“ in Jülich auf Bitten des Ministeriums Bewertungsbögen für die Standorte an. Auch darin schneidet Ulm besser ab als Münster, zumindest mit Blick auf eine schnelle Verwirklichung der Forschungsfabrik, auf die es wegen der internationalen Wettbewerbssituation ankommt. Zweck der Fabrik soll es ja sein, Forschungsrückstände aufzuholen und bald wieder besser zu sein als die Chinesen und Südkoreaner. Über Ulm heißt es in der Jülicher Analyse: Der Großteil der Flächen im Bestandsgebäude sei „sofort nutzbar“. Die Gebäude in Ulm seien „modern“, ein Reinraum sei vorhanden. Über Münster heißt es: „Das neue

Gebäude ist erst Anfang 2022 bezugsfertig und einsatzbereit. Die Eignung der bestehenden Gebäude ist fraglich.“ Das Ministerium sagt, auch diese Analyse habe nur zur Meinungsbildung innerhalb der Verwaltung beitragen sollen. Bevor die erste Fraunhofer-Analyse allen Kommissionsmitgliedern zugeleitet wird, streicht man offenbar die Spalte „Nutzwert/Wertung“, angeblich damit sich die Mitglieder ein unabhängiges Urteil bilden können. Das Ministerium rechtfertigt das Vorgehen mit dem Hinweis, es habe sich um einen „iterativen“ Prozess gehandelt. Am 23. Juni 2019, also zwei Tage vor der entscheidenden Sitzung der Kommission, meldete sich dann ein Industrievertreter per Mail bei den Kommissionsmitgliedern und beim Ministerium: Reinhold Achatz aus Nordrhein-Westfalen. Der ist im in Essen ansässigen ThyssenKrupp-Konzern für neue Technologien und Innovationen zuständig. Er wolle den Kommissionsmitgliedern für die kommende Sitzung, schrieb er in einer Mail, einen „Input“ geben. Den fügte er als Word-Dokument bei. Darin hieß es: „Die Bewerbungen der Standorte Baden-Württemberg und Bayern haben sich besonders positiv ab“, da dort „insbesondere die Verfügbarkeit von Gebäuden bei gleichzeitig kompetentem Personal, ausgewiesener institutioneller und industrieller Zellkompetenz“ vorhanden sei. Und: „Aus diesem Grund schlagen wir vor, dass das Bundeswirtschaftsministerium den Standort Ulm auswählt.“ Achatz konnte an der Sitzung Ende Juni nicht teilnehmen. Er schrieb im Namen einer Reihe von Mitgliedern – das Ministerium nennt das Schreiben ein Arbeitspapier, das in der Sitzung später keine Rolle gespielt habe.

Mails und Akten zeigen ferner, dass es zwischen dem Wissenschaftsministerium in Berlin und dem nordrhein-westfälischen Pendant in Düsseldorf eine besonders enge Kommunikation und sogar einen Austausch über verfahrensrelevante Informationen gab. Schon im September 2018 erkundigte sich eine Beamtin des nordrhein-westfälischen Ministeriums in Berlin nach einzelnen Ausschreibungskriterien. Sie berichtete am 13. September 2018, dass man den Ausschreibungsanforderungen gerecht werden und man mit einem weiteren Flurstück auf die 37 000 Quadratmeter kommen könne. „Das Grundstück ist sofort verfügbar“, heißt es in der Mail. Außerdem war die Landesregierung in Düsseldorf die einzige unter den Bewerberländern, die vor dem Start der Ausschreibung am 18. März 2019 eine vollständige Mitgliederliste der Gründungskommission erhielt. Die Liste lag in Düsseldorf schon am 19. Februar 2019 vor. In einer Mail schrieb ein Referatsleiter Karliczeks: „Anbei finden Sie die Liste der Mitglieder der Gründungskommission.“

Schon am 22. Mai 2019, zwei Tage nachdem die Bewerbungsunterlagen abgegeben werden mussten, fragte das Berliner Ministerium in Düsseldorf nach der Bewerbung für Münster nach, was für eine Bevorteilung spricht. Karliczeks Ministerium ließ dagegen mitteilen, die Länder seien fair und gleich behandelt worden, es habe auf der Arbeitsebene zahlreiche Gespräche gegeben, zwischen August 2018 und Juni 2019 fünf mit Beamten aus Baden-Württemberg und sechs mit Kollegen aus Nordrhein-Westfalen. Nach Informationen dieser Zeitung gab es im Spätsommer 2018 zwar Telefonate des Ministerialdirektors des Stuttgarter Wirtschaftsministeriums mit den zuständigen

## Ärger in Ulm

Baden-Württemberg ging beim Zuschuss für Batteriezellforschung leer aus. Neue Dokumente zeigen, wie es dazu kam.

Von Rüdiger Soldt

## Zwischen Sträselkucha und Reparationsforderungen

Ist es leicht, heute in Polen Deutscher zu sein? Der Monat Oktober ist eine gute Zeit, darauf eine Antwort zu finden. Im oberschlesischen Oppeln wurde kürzlich das Oktoberfest eröffnet. Alles sah fast so aus wie in Deutschland. Im Schatten des Rathauses in der Altstadt wurde ein Festzelt aufgebaut. Fünfzig Sorten Bier wurden angeboten – viele kleine polnische Brauereien brauen inzwischen ganz hervorragend. Der Alkohol und die peppige Musik brachten viele Besucher dazu, das Tanzbein zu heben. Auch örtliche Spezialitäten mussten sein, etwa der oberschlesische „koloczi“. Er kommt jener Speise sehr nahe, die im Gedächtnis der deutschen Schlesier als „schlāscher Sträselkucha“ (Streuselkuchen) fortlebt.

Nur eines passte nicht so recht: Das Fest durfte nicht „Oktoberfest“ heißen. Nur hier, in der Bezirkshauptstadt, war das so. In vielen Orten in der Umgebung werden ganz einfach Oktoberfeste gefeiert. In Oppeln heißt es stattdessen „Swieto piwa“, Fest des Bieres. So wünschte es sich der vor einem Jahr mit großer Mehrheit wiedergewählte Bürgermeister. Die Namensänderung fiel 2015 zusammen mit dem Machtwechsel in Warschau: Damals eroberte die konservative Partei PiS das Parlament; sie haut gern auf die nationale Pauke.

Die Gegend um Oppeln, polnisch Opole, ist eine besondere Region. Hier leben die meisten Deutschen im Land. Die Bevölkerung hat ein starkes Regionalbewusstsein und natürlich auch ihren Dialekt; viele Menschen schweben in ihrer Identität zwischen Deutschtum und

Noch hat die deutsche Minderheit einen Abgeordneten im polnischen Parlament. Aber wird das so bleiben?

Von Gerhard Gnauck



Foto: Przemysław Włodarczyk

Polentum. 1945, als die Vertreibung Niederschlesien leerfegte, durften in Oberschlesien viele Deutsche bleiben. Allerdings um den Preis der Anpassung: Der neue Staat, polnisch und kommunistisch, war gegenüber Minderheiten nicht gerade tolerant, schon gar nicht gegenüber der deutschen. Deutschunterricht in den Schulen, in ganz Polen verbreitet, wurde ausgerechnet hier stark zurückgedrängt.

Nach 1989 hat sich das deutsch-polnische Verhältnis zunächst deutlich entspannt. Die gute Nachbarschaft trug Früchte, gerade in dieser beschaulichen Stadt mit ihren 130 000 Einwohnern. Wer in der Konopnicka-Straße, ganz nah am Ufer der Oder, das Haus betritt, in dem viele deutsche Vereine ihren Sitz haben, hat nicht den Eindruck, eine notleidende oder gar verfolgte Minderheit zu besuchen. Aushänge informieren über die „Miro Deutsche Fußballschule“, benannt nach dem aus Oppeln stammenden Miroslav Klose. Weiter oben, in einem Büroraum im Dachgeschoss, plauschen gerade Weronika, Manuela und Paulina. Sie plauschen auch gern in fließendem Deutsch. „Wir sind jetzt die Generation, die besser Deutsch spricht als ihre Eltern“, sagt die Gymnasiastin Paulina selbstbewusst. Die drei haben die Sprache in einem deutschsprachigen Kindergarten gelernt, über das Fernsehen und vorgelesene Märchen. Anfeindungen wegen ihrer Herkunft? Nein, sagen sie. Ansonsten gebe es alle möglichen Reaktionen, von irritierter Verwunderung darüber, dass es hier noch Deutsche gibt, bis zu wohlwollendem Interesse.

Ein paar Kilometer weiter steht an einer Straßenecke ein gut gepflegtes Kriegerdenkmal. „Den gefallenen Helden“ liest man, „1914–1918“. Gemeint sind die für das Deutsche Reich gestorbenen Soldaten. Schräg gegenüber ein Haus mit zweisprachigen Schildern: „Kulturhaus der Deutschen in Oppeln“, „Bibliothek“ und einiges andere. In einem holzgetäfelten Raum hängen Urkunden an der Wand und mittendrin eine schwarz-rot-goldene Fahne, gekrönt von einem aus Holz geschnittenen schlesischen Wappenadler. Hier präsentieren sich die deutschen Kandidaten für die polnische Parlamentswahl – sie findet am heutigen Sonntag statt – und diskutieren über die Lage der Region. Der 42 Jahre alte Rafal Bartek ist einer von ihnen. Von Haus aus Deutschlehrer, später Kulturaktivist und nun Politiker, wurde er vor einem Jahr ins Parlament der Wojewodschaft Oppeln gewählt, eines der 16 Bezirke Polens, und wurde gleich noch dessen Präsident. Das Amt entspricht etwa dem des Präsidenten eines deutschen Landtags. Die deutsche Minderheit hat es hier in den letzten Jahren weit gebracht, fünf der 30 Mandate erobert und mit der liberalen Bürgerplattform eine Koalition gebildet.

Im nationalen Parlament in Warschau haben die Deutschen einen Abgeordneten, dank einer Sonderregelung, welche die Minderheiten von der Fünfprozenthürde befreit. Aber wird das so bleiben? Die gegenwärtige polnische Regierung, die in der Wahl wahrscheinlich bestätigt werden wird, spricht seit Jahren davon, sie wolle von Deutschland Reparationen fordern, und übt auch sonst gern scharfe

Kritik an der Berliner Politik. Dass so auch alte Gräben aufgerissen werden, scheint ihr nichts auszumachen. „Früher hieß es immer, Deutschland sei unsere Brücke zu Nato und EU“, erinnert sich Bernard Gaida, Vorsitzender des Dachverbands der deutschen Gesellschaften in Polen. „Jetzt aber sagen manche Politiker offen, gute Kontakte zu deutschen Kollegen seien eher eine Belastung und eine Gefahr für die polnischen Interessen.“ Die Deutschen und alle Minderheiten im Land sahen in Europa den Garant ihrer Rechte. „Daher macht uns alles besorgt, was die EU schwächt, ob es der Brexit ist oder die Stagnation in den deutsch-polnischen Beziehungen. Da wäre es wichtig, dass die Minderheit wieder in Warschau vertreten ist. Dann kann sie alle daran erinnern: Macht nicht kaputt, was da aufgebaut wurde.“

Der Unternehmer Gaida sieht, dass die „Stammeskämpfe“ zwischen liberal und konservativ gesinnten Kräften im Land auch die Deutschen mitreißen. Er fürchtet, dadurch könnte die Minderheitenliste viele Stimmen verlieren – aber Stimmen braucht sie, auch wenn die Fünfprozenthürde für sie nicht gilt. Zugleich fühlt sich die Minderheit durch die Politik und den nationalen Geist, der im Land weht, in die Ecke gedrängt. Als einige Nachbargemeinden mit einer starken deutschen Minderheit nach Oppeln eingemeindet wurden, verloren sie etwa das Recht, zweisprachige Ortsschilder zu führen. Ein neues Gesetz besagt außerdem, dass Richter „ausschließlich“ die polnische Staatsbürgerschaft haben dürfen. Bei Polen und Deutschen gibt es etwa 600 000 Doppelstaatler, viele da-

von leben in Oberschlesien. Sie dürfen diesen Beruf nun nicht mehr ergreifen. Andere Maßnahmen, etwa der Versuch, die „Propagierung des preußischen Militarismus“ unter Strafe zu stellen, konnten gestoppt werden. Auch der Auftritt eines wichtigen Warschauer Staatssekretärs ausgerechnet in Oppeln sorgte in diesen Tagen für Aufregung: Der Redner kündigte an, die Regierung werde kein Entgegenkommen gegenüber den Deutschen in Polen zeigen, wenn Deutschland nicht im Gegenzug mehr Rechte für die dort ansässigen Polen in Deutschland verspräche, etwa mehr muttersprachlichen Unterricht. Eine alte Drohung. „In diesen Handel lassen wir uns nicht hineinziehen“, sagt Gaida.

Es ist also nicht leichter geworden für die Deutschen in Polen. Auch deshalb will Rafal Bartek ins Oberhaus, den Senat; Bernard Gaida und andere wollen ins Unterhaus, den Sejm. Wer auch immer es schafft, könnte künftig der einzige Abgeordnete einer Minderheit im Warschauer Parlament sein. „Unsere deutschen Verbände haben 75 000 Mitglieder“, sagt Gaida, mehr als die Regierungspartei. „Den Sprung ins Parlament müssten wir doch schaffen.“

Ein alter Oppelner Bürger erzählt, er habe an seinen Gartenzaun das Wahlplakat eines deutschen Kandidaten gehängt. „Dann ist nachts jemand gekommen und hat ihm ein Hitlerbärtchen dazugemalt.“ Im Haus der Minderheit an der Oder hängt eine ungewöhnliche Uhr: Ihr schwarz-rot-goldenes Zifferblatt hat die Form Deutschlands, in den Grenzen von 1990 Manchmal hat man den Eindruck, ihre Zeiger liefen rückwärts.